

KOMMENTAR

VON
ANNETTE GANTNER

Ein schönes Plus

Die Androhung von Protesten und die bevorstehenden Personalvertretungswahlen zeigten Wirkung. Regierung und Gewerkschaft einigten sich auf ein sattes Gehaltsplus. Bei der sozialen Staffelung war man großzügig: Wer 12.500 Euro brutto verdient, erhält nächstes Jahr monatlich 438 Euro mehr.

Das Defizit steigt, doch der Staat spart nicht bei sich

Der Ruf nach einer Nulllohnrunde zur Sanierung des Budgets verhallte. Man hätte zumindest in den höheren Gehaltsklassen darüber nachdenken können, nachdem die Beamtengehälter zuletzt um 9,15 Prozent gestiegen waren.

Die EU-Kommission dürfte wegen der Staatsschulden ein Defizitverfahren gegen Österreich einleiten. Die nächste Regierung wird pro Jahr fünf Milliarden Euro einsparen müssen.

Doch die Regierungsverhandler zeigen sich davon unbeeindruckt. Das Kapitel öffentlicher Dienst verhandeln die Beamtengewerkschafter Eckehard Quin (VP) und Christian Meidlinger (SP). Der Bock wurde hier zum Gärtner gemacht. Die Neos wurden als Verhandlungspartner nicht einmal ignoriert.

Die Personalvertretungswahlen sind damit gesichert, die Staatsfinanzen sind es nicht.

✉ a.gantner@nachrichten.at

ÜBERBLICK

SPÖ: Fußi will nötige Stimmen haben

WIEN. PR-Berater Rudolf Fußi hat laut eigener Aussage die nötigen Unterschriften beisammen, um eine Mitgliederentscheidung über den SP-Vorsitz erzwingen zu können. Dem „Kurier“ erklärte Fußi, mehr als 14.000 Unterstützungserklärungen von SP-Mitgliedern gesammelt zu haben. Aus der SPÖ hieß es, man werde nach geordneter Übergabe die Unterschriften prüfen. Interessant wird sein, ob Fußi tatsächlich die Zahl erreicht hat. Öffentlich hatte Fußi auch von Kritikern aus der Partei keine Unterstützung erhalten.

Lohnabschluss statt Demonstration: Im Schnitt 3,5 Prozent mehr für Beamte

Kurz vor der Großdemonstration kam es noch zu einer überraschenden Einigung

WIEN. „Überraschend“ ist noch das netteste Wort, das Werner Hittenberger in den Sinn kommt, wenn er über die gestrigen Ereignisse spricht. Der oberösterreichische Landesvorsitzende der AHS-Lehrgewerkschaft war so wie rund weitere 30.000 Demonstranten auf dem Weg nach Wien gewesen. Als der Konvoi mit 25 Bussen Sankt Pölten erreicht hatte, kam die Nachricht: Die GÖD und die younion hatten in den Gehaltsverhandlungen mit dem Beamtenministerium einen Gehaltsabschluss erreicht.

Hittenberger berichtet, man habe nicht einmal gewusst, dass überhaupt verhandelt werde – zudem habe man die Demonstration nutzen wollen, um auf Verbesserungen im Dienstrecht und bei Arbeitsbedingungen hinzuweisen. Das Vorgehen des Bundesvorstands der GÖD sei „kein Ruhmesblatt“ für alle Beteiligten.

Doppelabschluss bis 2026

Die erzielte Einigung mit sozialer Staffelung gestaltet sich wie folgt: Jedes Einkommen unter 2350 Euro wird mit 3,8 Prozent bzw. um mindestens 82,40 Euro erhöht. Darüber wird im Schnitt um 3,5 Prozent erhöht. Ab 12.508 Euro brutto gilt das maximale Gehaltsplus von 437,80 Euro. Damit blieben die Verhandler abgesehen von den niedrigsten Einkommen unter der Inflation von 3,8 Prozent. Dafür wurde ein Doppelabschluss, der 2026 bereits miteinschließt, verabschiedet. Bei jenem sollen auf die rollierende Inflation noch einmal 0,3 Prozent draufkommen.

Beamtenminister Werner Kogler (Grüne) betonte in einer Aussendung, dass der Abschluss vor dem Hintergrund schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und Abwägungen erreicht worden sei. Allzu oft werde vergessen, dass der öffentliche Dienst in Konkurrenz mit der Privatwirtschaft stehe. Es müsste daher auch attraktive Gehaltsabschlüsse geben.

Ebenfalls zufrieden zeigte sich Finanzminister Gunter Mayr mit der Übereinkunft. Man habe damit einen Beitrag zu Fairness und Entlastung gesetzt. GÖD-Chef Eckehard Quin sah einen „fairen Ab-



schluss“ und erinnerte daran, dass bei den Metaller-Verhandlungen im Vorjahr eine ähnliche Vorgangsweise gewählt wurde. Man habe die „Budgetnöte“ berücksichtigt. Zufrieden zeigt sich auch der oberösterreichische younion-Landesvorsitzende Christian Jedinger im Gespräch mit den OÖN: „Mit dem Abschluss konnten wir die Kaufkraft erhalten.“

Kritik kam von den Neos. Laut Josef Schellhorn sei seine Partei weder eingebunden noch von ÖVP oder SPÖ, mit denen man aktuell eine Koalition verhandelt, informiert worden. Angesichts der Budgetsituation sei die Erhöhung „ein bisschen viel“. Vom Finanzministerium seien zwei Prozent einberechnet gewesen. Die Neos seien „nicht das Beiwagerl“, forderte Schellhorn ein „klärendes Gespräch“.

Übernahme durch Länder offen

Gelten wird der Abschluss für 250.000 Bundesbedienstete. Voraussetzung ist ein Beschluss im Nationalrat – dieser gilt dank Bereitschaft der SPÖ als wahrscheinlich. Die noch amtierende schwarz-grüne Koalition stellt allein keine Mehrheit mehr. Ob der Abschluss für die rund 324.000 Landes- und Gemeindebediensteten übernommen wird, muss in den Ländern entschieden werden. (fep)

Sozialwirtschaft: Einigung auf vier Prozent plus

Zusätzlich mehr Flexibilitätszuschlag

WIEN. Nach drei Verhandlungsrunden gab es eine Einigung für den Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft: Die Ist- und Mindestgehälter der rund 130.000 Beschäftigten der Branche steigen um vier Prozent, teilten die Gewerkschaften GPA und vida sowie die Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ) mit. Zulagen und Zuschläge werden ebenfalls um vier Prozent angehoben. Der neue Kollektivvertrag gilt mit Beginn des kommenden Jahres.

Laut Michaela Guglberger, Verhandlerin für die Gewerkschaft vida, habe man „mehr Geld für das Einspringen sicherstellen können und darüber hinaus eine bessere Einstufung für Kollegen in der Verwaltung erreicht“. Der große Flexibilitätszuschlag steigt auf 50 Euro, der kleine Flexibilisierungszuschlag erhöht sich auf 25 Euro.

Weiters wurden Verwendungsgruppen für Verwaltungsangestellte verbessert und der Zusatzkollektivvertrag zum Pfl-

gezuschuss bis Ende 2025 verlängert. Für Tageseltern wurde eine soziale Absicherung vereinbart.

„Stärke demonstriert“

Mit Betriebsversammlungen und Kundgebungen – eine davon auch Dienstag vergangener Woche in Linz entlang der Promenade – habe man Stärke demonstrieren können, sagte Eva Scherz, Verhandlerin für die Gewerkschaft GPA.

Auch die Arbeitgeberseite lobte die Einigung mit den Gewerkschaften. Trotz Rezession und eingetrübter Wirtschaftsaussichten sei für die Mitarbeiter eine Realloohnerhöhung erzielt worden.

Das nächste Jahr werde wirtschaftlich sehr schwierig sein, aber gleichzeitig müsse „klar sein“, dass der Gesundheits- und Sozialbereich der Politik etwas wert sein müsse, sagte SWÖ-Vorsitzender und Volkshilfe-Geschäftsführer Erich Fenninger.

SICHT DER ANDEREN

VON PETER PLAICKNER



Im Wettstreit der Koalitionsmodelle

Kommt der Steirer? Dass Christopher Drexler heute an der Landeshauptleutekonferenz teilnimmt, galt seit Sonntag als unwahrscheinlich. Ein Abschied des schwarzen Wahlverlierers dort, wo die ÖVP mit der FPÖ als Junior regiert, erschien zu schmerzvoll.

Das Treffen in Oberösterreich wirft ein Schlaglicht auf die Veränderung des regionalen politischen Farbenspiels. Statt grüner hat die ÖVP nun blaue Partner. Sie verliert einen Landeshauptmann und eventuell sogar eine Regierungsbeteiligung, falls Mario Kunasek Hans-Peter Doskozil eine Vorlage zur Umkehrung nach der Jänner-

Wahl im Burgenland geben will. Eine solche Spiegelung ist das regional letzte Überbleibsel der Jahrzehnte dominierenden großen Koalition: Nur Tirol und Kärnten pflegen sie noch in Kompaktversion.

Ihr bislang stärkster verbliebener Modellfall in der Steiermark ist seit Sonntag Geschichte. ÖVP und SPÖ werden die Quasi-Fortsetzung durch Hereinnahme eines Dritten nicht wagen. Ihre Furcht vor einer dann noch größeren Schlappe bei der nächsten Wahl 2029 ist berechtigt. Das Experiment überlassen sie gern ihren Bundesparteien.

Auf Landesebene gerät durch die steirische Wahl ein zu wenig beachteter Paarlauf vorerst ins Sto-

cken: In Erwartung der bald besseren Verkehrsanbindung durch Koralm- und Semmering-Bahntunnel ist eine Südösterreich-Allianz entstanden, für die gemeinsame Konferenzen der steirischen und Kärntner Landesregierung nur ein Symbol waren. Die schwarzrot-roschwarze Kooperation ging tiefer.

Bei aller Pragmatik von Kunasek streut schon die Tatsache eines blauen Landeshauptmanns Sand ins Getriebe, das kaum im Sinne nationaler FPÖ-Strategie ist. Das seit elf Jahren wieder rot regierte blaue Kernland Kärnten muss dennoch das beste Verhältnis suchen. Es kommt über die Steiermark nicht hinweg.

Umso wichtiger wird die Kooperation in die andere Richtung. Schon durch die Exklave Osttirol gibt es dort ein gemeinsames Thema. Die über Puster- und Drautal, Wörthersee- und Südautobahn führende Parallele zur Weststrecke schafft zusätzliche Südvisionen.

Im Pingpong mit einer Trioregierung im Bund und Rot-Pink in Wien könnten Kärnten und Tirol als Alternative zum Schwarz-Blau in Vorarlberg, Salzburg, Ober- und Niederösterreich agieren. Die Landeshauptleute Peter Kaiser und Anton Mattle wirken auch persönlich als Ansagen für die entsprechende Konstruktivität. Eine erste gemeinsame Regierungskonfe-

renz zeigte zumindest guten Willen, der auf konkrete Ergebnisse hoffen lässt.

Das Tüpfelchen auf dem i der Rivalität von Koalitionsmodellen wird 2025 erst das Burgenland liefern. Fällt dort die absolute SPÖ-Mehrheit, scheint fast alles möglich – Rot-Blau, Rot-Schwarz bis hin zu Koalitionen gegen die Sozialdemokraten. Im Herbst folgt dann der Kampf um Wien. Danach wären bis Tirol und Oberösterreich 2027 planmäßig zwei Jahre Wahlpause. Die hätten (wir uns) alle verdient.

Peter Plaickner ist Politikanalyst und Medienberater mit Standorten in Tirol, Wien und Kärnten.